

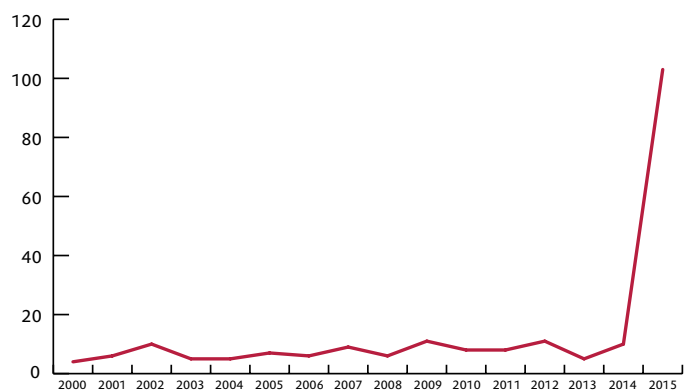
Flüchtlingsfeindliche Kampagnen in Brandenburg

So massiv wie nie zuvor in der Geschichte des Bundeslandes haben im Jahr 2015 Rechtsextreme und RassistInnen in Brandenburg Straßenaktionen durchgeführt. Das mit Abstand zugkräftigste Thema war dabei der Protest gegen die Aufnahme von Flüchtlingen. Die Demos waren flankiert von Hetze auf Facebook und von Gewalttaten.

2015 fanden in Brandenburg insgesamt 105 extrem rechte, und flüchtlingsfeindliche bis rassistische Aktionen statt, die eine Mindestteilnehmerzahl von 50 Personen hatten. 2014 waren es noch überschaubare 10 Aktionen.¹ In den vergangenen 15 Jahren lag der Wert generell weit unter den 2015er Zahlen und pendelte zwischen 4 und 11 Aktionen jährlich.

Die Zunahme flüchtlingsfeindlicher Straßenaktionen ist in Brandenburg ein landesweites Phänomen. Regional fanden die Aktionen weit gestreut statt. Gleichwohl gab es Schwerpunkte. Im Landkreis Oder-Spree und im Havelland wurde am häufigsten demonstriert, am seltensten dagegen in der Landeshauptstadt Potsdam und im Barnim. Die in der Summe höchsten Teilnehmerzahlen sind mit insgesamt über 4.300 Personen aus Cottbus zu vermelden.

So viele Demos wie noch nie



Extrem rechte und flüchtlingsfeindliche Straßenaktionen in Brandenburg zwischen 2000 und 2015.
Gezählt wurden Demonstrationen und Kundgebungen ab 50 TeilnehmerInnen.

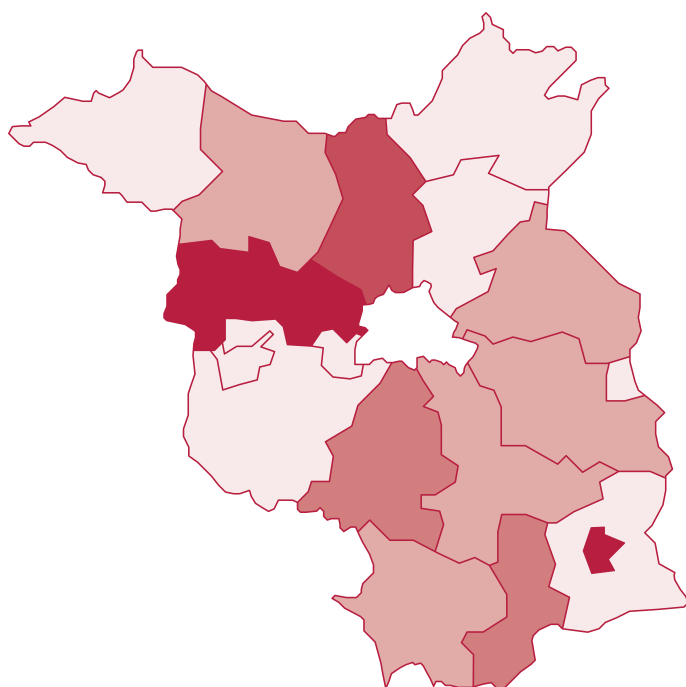
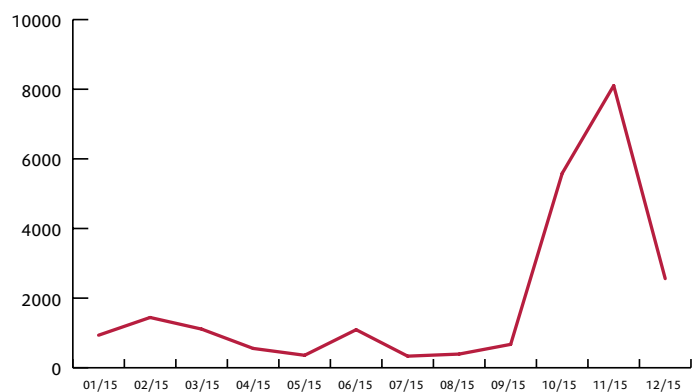
¹ Gezählt werden alle einschlägigen politischen Aktionen unter freiem Himmel, also sowohl Demonstrationen als auch Kundgebungen, Mahnwachen und Informationsstände. Die Begrenzung auf Aktionen ab einer Teilnehmerzahl von 50 Personen ist ein in der Forschung zum Thema gängiger Schnitt und ermöglicht einen Vergleich zu den Vorjahren. Quelle für die Jahre 2000 bis 2009: Fabian Virchow: Die „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten im Bundesgebiet und im Land Brandenburg. In: Christoph Kopke: Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2011. S. 109-128, hier: 121. Quelle für die Jahre 2010 bis 2013: Landesregierung Brandenburg: Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrea Johlige (Fraktion Die Linke), Drucksache 6/1484, Potsdam 2015. Hier zu beachten: Die Landesregierung teilt in ihrer Antwort mit, dass die Angaben auf Polizeierkenntnissen basieren und nicht vollständig sein müssen. Dort ebenfalls aufgeführte Veranstaltungen wie Konzerte oder Diskussionsveranstaltungen sind hier ausgelassen. Die Jahre 2014 und 2015 wurden anhand einer Sichtung von Medienberichten und Veröffentlichungen in sozialen Netzwerken selbst ausgewertet. Die größeren Versammlungen dürften auf diese Weise vollständig erfasst sein. Einige kleinere Kundgebungen sind womöglich nicht in die Zählung eingegangen.

Zählt man alle Aktionen des Jahres 2015 zusammen, auch diejenigen mit geringerer Größe, dann kommt man auf eine Summe von 210 Aktionen im gesamten Bundesland. Insgesamt ergibt sich eine Teilnehmerzahl von 23.300 Menschen.² Sowohl was die Anzahl der Versammlungen als auch die Höhe der Teilnehmerzahlen betrifft, war die rassistisch grundierte Kritik an der Flüchtlingspolitik das mit Abstand zugkräftigste Thema. 176 Aktionen, an denen über 22.000 Menschen teilnahmen, zielten darauf ab. Die größten Versammlungen fanden am 31. Oktober in Lübbenu statt, als rund 700 Menschen einem Aufruf der Initiative „Zukunft Heimat“ folgten und am 25. November in Cottbus mit rund 650 Menschen bei einer AfD-Demonstration. Eine Beteiligung von ein- bis zweihundert Menschen war bei den „Nein zum Heim“-Demonstrationen, „asylkritischen Abendspaziergängen“ oder „Fackelmärschen“ die Regel, durchschnittlich lag die Teilnehmerzahl bei 126 Personen. Zum Vergleich fielen die in der extremen Rechten traditionell gefragten Demonstrationen mit Bezug zum Dritten Reich 2015 mit neun Versammlungen und insgesamt 230 TeilnehmerInnen (Schnitt: 26 Personen) kaum ins Gewicht.

Im Jahresverlauf verteilten sich die Aktionen bis in den September hinein ungefähr gleichmäßig, mit einem geringen Rückgang in den Sommermonaten. Im vierten Quartal stiegen die Zahlen drastisch an. Zwischen Oktober und Dezember fanden 105 Aktionen mit insgesamt fast 16.400 TeilnehmerInnen statt.

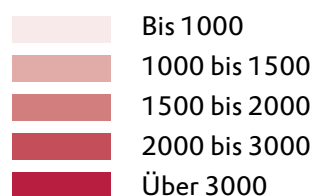
Steigerung zum Jahresende

Die Zahl der TeilnehmerInnen bei flüchtlingsfeindlichen Straßenaktionen im Jahresverlauf 2015: Im vierten Quartal gab es einen deutlichen Anstieg.



DemonstrantInnen nach Landkreisen 2015

Die Summen der TeilnehmerInnen bei extrem rechten und flüchtlingsfeindlichen Straßenaktionen sind hier nach Landkreisen sortiert abgebildet. Im Havelland und in Cottbus gingen die meisten Menschen auf die Straße.



² Die Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen sind häufig strittig, weil anhand ihrer die Relevanz einer Veranstaltung öffentlich mitverhandelt wird und verschiedene Angaben von unterschiedlichen Quellen vorliegen. Gewöhnlich neigen VeranstalterInnen zu höheren Angaben als KritikerInnen der dort vertretenen Anliegen. Auch die Angaben von Polizei oder Medien haben sich in der Vergangenheit bei gelegentlich unabhängig durchgeführten Nachzählungen als ungenau erwiesen. Auch zu den hier betrachteten Demonstrationen existieren teilweise deutlich unterschiedliche Angaben. Für die Auswertung wurden die Angaben von DemonstrationsbeobachterInnen vor Ort, Medienzählungen, Polizeiangaben und die Angaben der VeranstalterInnen verwendet. Im Zweifelsfall wurde ein realistisch erscheinender, abweichende Extremangaben relativierender Mittelwert verwendet.

Hetze auf Facebook-Seiten

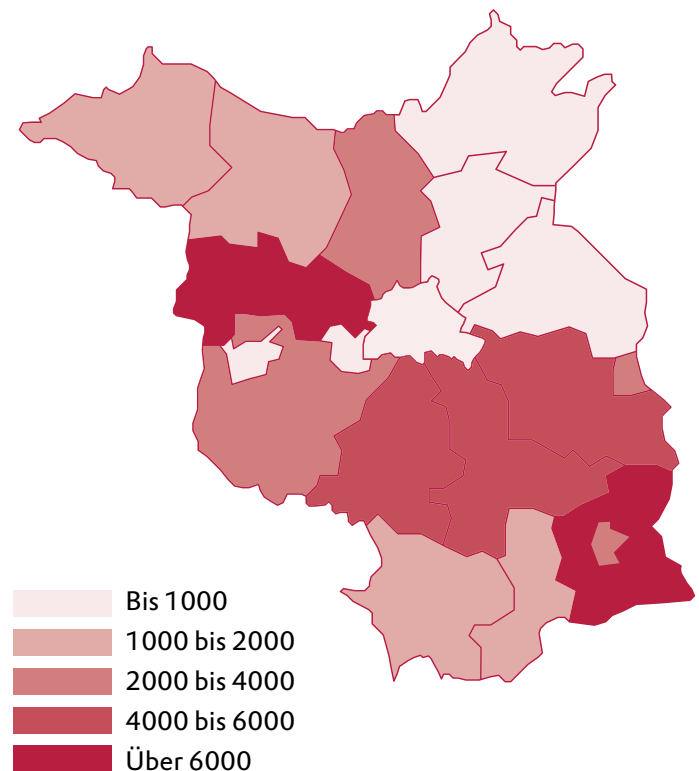
Entscheidender Mobilisierungskanal für die flüchtlingsfeindlichen Straßenaktionen sind soziale Medien, in den allermeisten Fällen Facebook. Seit Ende 2014 haben sich zahlreiche Facebook-Seiten und -Diskussionsgruppen etabliert, die die Flüchtlingspolitik aufgreifen und entweder auf das ganze Bundesland oder auf Regionen oder Orte zugeschnitten sind. Polemische, auf rassistische Deutungsmuster zugespitzte Äußerungen zum Thema werden dort veröffentlicht und zeichnen ein Bild von einer durch Flüchtlinge ausgelöst und von der Politik zugelassenen oder gar gewollten Bedrohung für Deutschland. Innerhalb dieser Rahmung erfolgt der Aufruf an das Publikum, durch „Likes“, virtuelle Sympathiebekundungen, durch Weiterverbreitung („teilen“) und durch die Teilnahme an Straßenaktionen selbst aktiv zu werden. Oft werden in den Kommentaren die Grenzen des Strafrechts erreicht oder überschritten. Insgesamt existierten am Jahresende 72 Facebook-Seiten solcher Couleur, die einen Brandenburg-Bezug aufwiesen. 12 davon waren auf das gesamte Bundesland ausgerichtet (beispielsweise „Brandenburg wehrt sich“), die Mehrzahl waren Spezialangebote für einzelne Regionen („Bürgerbündnis Havelland“) oder Orte („Nein zum Heim Zehdenick“). Zusammengenommen verzeichneten die Seiten Ende 2015 78.000 „Likes“. Diese Zahl ist im Jahresverlauf kontinuierlich angestiegen. Im Januar 2015 lag der Wert bei 36.500, im Juni bei 51.500.³

Angesichts von zweieinhalb Millionen EinwohnerInnen in Brandenburg zeigen sowohl die 23.100 Demoteilnahmen als auch die 78.000 Facebook-„Likes“, dass in Brandenburg keineswegs „das Volk“ entsprechende Positionen vertritt, wie die OrganisatorInnen vielfach behaupten. Vielmehr artikuliert sich eine kleine, aber lautstarke Minderheit, die sich sowohl aus Rechtsextremen zusammensetzt als auch aus dafür offenen Menschen, die sich durch Politik und Medien nicht mehr repräsentiert und informiert fühlen. Allerdings wächst der gesellschaftliche Resonanzraum für die dort artikulierten Positionen.

In den Facebook-Präsenzen spiegelt sich die Verteilung der Demonstrationen im ganzen Bundesland: Spezialisierte Angebote finden sich für fast alle Regionen. Dennoch gibt es Schwerpunkte, oft in Verbindung stehend mit einem besonders ausgeprägten Demonstrationsgeschehen. Im Havelland, wo 2015 die meisten Straßenaktionen stattfanden, sind auch die meisten „Likes“ bei entsprechenden Facebook-Präsenzen zu finden. Und umgekehrt – in Potsdam und im Barnim wurde kaum demonstriert und dort gab es 2015 auch keine relevanten einschlägigen Facebook-Seiten.

Zustimmung zur Facebook-Hetze

Welche Zustimmung erfahren flüchtlingsfeindliche Facebook-Seiten? Die Karte zeigt die Summe von „Likes“ bei lokalen und regionalen Facebook-Seiten nach Landkreisen sortiert (Stand: 15.12.2015). Im Nordosten war die Zustimmung spürbar geringer als beispielsweise im Havelland.



³ Die „Likes“ dürfen nicht mit der Anzahl der entsprechend positionierten Personen im Land Brandenburg gleichgesetzt werden. Zum einen setzen bei den entsprechenden Seiten auch Personen einen „Like“, die nicht aus Brandenburg stammen. Andererseits setzen manche Personen auch bei mehreren Seiten einen „Like“.

Gewalt erreicht Höchstwerte

Das Demonstrationsgeschehen und die Mobilisierung auf Facebook gehen einher mit einer steigenden Zahl von extrem rechten und rassistischen Gewaltstraftaten. Die landesweite Beratungsstelle Opferperspektive [vermelde-te im Herbst](#), dass in den ersten sieben Monaten 2015 so viele rechts motivierte Gewalttaten verübt wurden wie im gesamten Jahr zuvor. Bis zum Juli verzeichnete der Verein 88 entsprechende Angriffe im Bundesland. Eine Jahrestatistik für das Jahr 2015 liegt noch nicht vor. Es ist aber damit zu rechnen, dass 2015 das Jahr mit der höchsten Zahl rechter und rassistischer Gewalttaten seit Gründung der Beratungsstelle im Jahr 1998 war. [Die vorläufigen Zahlen der Polizei](#) bestätigen den Trend: Die Zahl der Angriffe war allein im dritten Quartal 2015 doppelt so hoch wie im gesamten ersten Halbjahr.

Ein Großteil der Gewalttaten richtete sich, soweit bisher feststellbar, gegen Flüchtlinge und andere tatsächliche oder vermeintliche Nichtdeutsche. Daneben sind Mitglieder von Willkommensinitiativen zusehends in den Fokus rechter Angreifer gerückt. Zu nennen sind etwa die Anschläge auf ein Fahrzeug des Vereins „Mikado“ in Nauen sowie auf eines von FlüchtlingsunterstützerInnen in Neuhardenberg. Auch bei den Demonstrationen und in ihrem zeitlichen und räumlichen Umfeld kam es mehrfach zu Gewalttaten, [etwa in Cottbus](#), wo Flüchtlinge und Studierende attackiert wurden. Ebenfalls in Cottbus konnte die Polizei im Oktober nur knapp verhindern, dass aggressiv auftretende TeilnehmerInnen einer Demonstration im Stadtteil Sachsendorf eine dort eröffnete Außenstelle der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge stürmten. Mehrfach wurden zudem JournalistInnen zur Zielscheibe von DemonstrationsteilnehmerInnen – etwa bei einer Aktion eines [„Bürgerbündnisses“ in Rathenow](#) und bei einer [AfD-Demonstration in Cottbus](#).

Besonders beunruhigend waren Brandanschläge auf (jeweils noch nicht bezogene) Flüchtlingsunterkünfte, etwa in Zossen, Nauen und Brandenburg/Havel. In all diesen Orten fanden auch flüchtlingsfeindliche Straßenaktionen statt. Solche [schwere rechts motivierte Straftaten](#) hat es seit mehreren Jahren in Brandenburg nicht gegeben. Bisher konnte die Polizei, trotz mehrerer Durchsuchungen, keine Tatverdächtigen festnehmen. Angesichts dieser Entwicklung besteht die [Gefahr, dass sich ein neuer Rechtsterrorismus](#) entwickeln könnte.

Neonazis als „besorgte Bürger“

Bis 2014 waren Straßenaktionen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen im wesentlichen auf die „üblichen Verdächtigen“ aus der Neonazi-Bewegung beschränkt. Die DemonstrationsteilnehmerInnen rekrutierten sich fast vollständig aus einem Milieu zwischen NPD, „Kameradschaften“, Kleingruppen wie Der III. Weg, Die Rechte, Europäische Aktion, zwischen Hooligans und Rechtsrockfans. Dieses Spektrum führte auch 2015 einschlägige Aktionen durch – die größte war der „Tag der deutschen Zukunft“ im Juni in Neuruppin mit rund 550 TeilnehmerInnen. Allein die NPD beziehungsweise ihre Jugendorganisation waren 2015 für 63 Straßenaktionen verantwortlich.

Allerdings legen die Akteure im brandenburgischen Rechtsextremismus ihre Gesinnung aus taktischen Gründen häufig nicht offen. Bewusst ohne „unsere Logos und Fahnen“ sollte beim Asylthema die „politische Auseinandersetzung“ gesucht werden, hieß es 2013 in einem Strategiepapier der NPD. Dementsprechend: Wo 2015 in Brandenburg „Bürgerbündnisse“ auf die Straße gingen, waren tatsächlich vielfach Rechtsextreme am Werk, die Infrastruktur wie Lautsprecher und Banner mitbrachten, die Werbung übernahmen und oft die Mehrheit der TeilnehmerInnen stellten. In Frankfurt (Oder) etwa warben Neonazis mit dem Slogan „Freundliches Frankfurt“ für ihre Aktionen. Die NPD-Aktivistin Manuela Kokott trat bei verschiedenen Veranstaltungen als Rednerin auf und sprach, als sei sie eine „besorgte Bürgerin“ und keine seit vielen Jahren aktive Neonazistin.

Der brandenburgische Pegida-Ableger BraMM tritt mit der Behauptung auf, für „Meinungsfreiheit und Mitbestimmung“ einzutreten. Hauptfigur bei BraMM ist der bis Februar 2015 amtierende Landesvorsitzende der Rechtsaußenpartei Die Republikaner, Heiko Müller. Die Initiatoren des „Bürgerbündnisses Havelland“, die vorgeben, für einen „Ausbau des Nahverkehrs“ und gebührenfreie KITAS einzutreten, [bekunden auf Facebook ihre Sympathie](#) für die NPD, bei den Demos beteiligen sich regionale NPD-Funktionäre.

Auch von vielen der sich „überparteilich“ gebenden Facebook-Seiten ist bekannt, dass sie tatsächlich von Rechtsextremen betrieben werden. So etwa „Ein Licht für Deutschland gegen Überfremdung“, „Nein zum Heim in Oranienburg“ oder „Nein zum Heim in Guben“. Wo „Nein zum Heim“ oder „XY wehrt sich“ drauf steht, steckt meistens organisierter Rechtsextremismus drin.

Radikalisierungstendenzen

Vielfach nahmen 2015 an den von Neonazis veranstalteten Demonstrationen Menschen teil, die bisher nur geringe oder gar keine Berührungspunkte zu diesem Spektrum hatten. Bemerkenswert ist auch, dass ein Teil der Straßenaktionen im vergangenen Jahr von Initiativen und Parteien organisiert wurde, die nicht der Neonazi-Bewegung angehören. Vielfach sind Radikalisierungsprozesse zu beobachten. Der Fokus verschiebt sich von einer Sachdiskussion (etwa zu einer angemessenen Unterbringung von Flüchtlingen) hin zu fundamentalen Fragen. In Golßen im Spreewald etwa protestierte im Mai eine Bürgerinitiative gegen die dort vorgesehene Art der Beherbergung von Flüchtlingen und forderte „mehr Bürgerbeteiligung“ und „dezentrale Unterbringung“. Aus der Bürgerinitiative ging die Initiative „Zukunft Heimat“ hervor, die wesentlich schärfer argumentiert und von der Sach- zur Fundamentalkritik geschwenkt ist: „Gegen die Auflösung unseres Volkes“ müsse man eigenhändig „Widerstand leisten“, da man von den „Blockparteien“ nichts erwarten dürfe. Der „Ungehorsam des deutschen Staatsvolkes“ solle die „vaterlandslosen Gesellen in der Regierung und Medien“ besiegen. Die Initiative kooperiert mit der AfD und in Medienberichten wird eine eventuelle Nähe zum verbotenen Neonazi-Netzwerk der „Spreelichter“ kritisiert. Bemerkenswert ist zudem die Anbindung an Netzwerke der Neuen Rechten. Die Kampagne „Ein Prozent“, die eine deutschlandweite nationalistische Sammlungsbewegung schaffen will, wurde bei einer Demonstration von „Zukunft Heimat“ beworben. Die Vorstellung einer angeblichen „Umvolkung“ (Alexander Gauland), eines „Bevölkerungsaustausches“, die von der Politik zulasten des „deutschen Volkes“ durchgesetzt werde, findet so weitere Ausbreitung. Sie ist durchaus kompatibel

mit dem von Neonazis, insbesondere aus dem verbotenen Netzwerk der Spreelichter, propagierten Widerstand gegen einen angeblich drohenden „Volkstod“.

Der brandenburgische Landesverband der AfD trat schon früh als Befürworter flüchtlingsfeindlicher Proteste auf. Landesvorsitzender Alexander Gauland nahm Ende 2014 öffentlichkeitswirksam an einem Pegida-Aufmarsch in Dresden teil. In einer „Herbstoffensive“ unter dem Motto „Asylchaos stoppen“ organisierte die Partei 2015 auch in Brandenburg Veranstaltungen sowie eigene Demonstrationen. Vertreter der AfD steuerten zudem mehrfach bei anderen Demonstrationen Redebeiträge bei. Der AfD-Landtagsabgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Kalbitz sprach sowohl bei der „Zukunft Heimat“-Aktion Ende Oktober in Lübbenau als auch bei einem von den extrem rechten „BB Patrioten“ beworbenen Aufmarsch im November in Prenzlau. Die Polizei beschlagnahmte in Prenzlau mehrere Messer und ermittelte wegen des Zeigens des Hitlergrußes gegen einen Demonstrationsteilnehmer. Für die AfD scheint die Öffnung zur „Straßenpolitik“ zurzeit vielversprechend zu sein. Bei den Landratswahlen im Landkreis Oder-Spree war der weithin unbekannte AfD-Kandidat zwar chancenlos, erhielt aber über 11.000 Stimmen – ein beachtlicher Stimmenanteil von 22,9 Prozent.

Rechte StrategInnen erhoffen sich von einem Zusammenwirken von Neonazis, Bürgerinitiativen und der AfD eine fundamentaloppositionelle Protestbewegung von rechts. Ob das gelingt und der politische Druck verstärkt werden kann, ist derzeit nicht entschieden. Anfang 2016 hält die Mobilisierung jedenfalls an – in Brandenburg und bundesweit.



Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus
und Fremdenfeindlichkeit

Mittelstraße 38/39
14467 Potsdam
E-Mail: kontakt@aktionsbuendnis-brandenburg.de